

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

22.4.1929 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
C. Heßelbacher
E. A. Meind,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen fällt der Inhalt der Zeitung verfallen, in beschränktem Umfang oder nicht erschein. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Belastung des Arbeitsmarktes ist in diesem Frühjahr auch jetzt noch in sämtlichen Berufsgruppen viel höher als im Vorjahr. In der Berichtszeit vom 11. bis 17. April hat sich die jahreszeitliche Entlastung des Arbeitsmarktes in vielen Arbeitsamtsbezirken nicht in befriedigendem Maße fortgesetzt. Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 17. April 1929 war folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und in der Sonderfürsorge standen 71 672 Personen (54 151 Männer und 17 521 Frauen) und in der Arbeitslosenunterstützung 6956 (7434 Männer und 1521 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger fiel in der Berichtszeit wieder um 13 959 Personen oder um 14,8 v. H. von 94 586 (75 189 Männer und 19 397 Frauen) auf 80 627 (61 585 Männer und 19 042 Frauen). Auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern trafen 22 307 Hauptunterstützungsempfänger (gegen 20 540) und auf die Arbeitsämter in Baden 58 320 (gegen 65 046). Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts kamen am 17. April 1929 auf 1000 Einwohner 16,0 Hauptunterstützungsempfänger gegen 31,9 am 6. März.

Die Beschäftigung des Baugewerbes ist in einigen Bezirken so gut, daß in Stuttgart z. B. schon ein empfindlicher Mangel an Maurern besteht. In manchen Bezirken läßt die Hochbaufähigkeit aber noch sehr zu wünschen übrig. Zwar konnten in den letzten 6 Wochen 23 000 Bauarbeiter wieder Beschäftigung finden, doch ist die Zahl der in der Mitte dieses Monats noch arbeitslosen Bauarbeiter mit 12 000 erheblich höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, wo nur mehr 8000 gelernte Arbeiter aus dem Baugewerbe bei den Arbeitsämtern eingetragen waren. Zufriedenstellender als im Hochbau war der Stand der Arbeiten im Tiefbaugewerbe, das einer großen Zahl von gelernten und ungelerten Bauarbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten bot. In Rohlandarbeiten waren am Schluß der Berichtszeit 4922 Mann untergebracht. Im Verkehrsgebiete hat sich die Nachfrage der Reichsbahn nach Streckenarbeitern verbessert. Auch die Minenschiffahrt auf Mosar und Rhein hat zur Entlastung des Marktes beigetragen. Die Nachfrage der Landwirtschaft nach geeigneten Kräften war wieder sehr stark; die Beschaffung geeigneter Leute ist sehr schwierig. Der Stand der Arbeiten in der Forstwirtschaft war für den Arbeitsmarkt befriedigend; auch die Gärtnereibetriebe hatten in der Berichtszeit einen starken Kräftebedarf. Die Vermittlungstätigkeit im Gärtnerei- und Schankwirtschaftsgebiete hielt sich auf erheblicher Höhe; die Nachfrage nach tüchtigem Küchenpersonal konnte an vielen Orten nicht befriedigt werden.

Das Bild des Arbeitsmarktes der Industrie ist noch recht trübe. Abgesehen von den Bezirken, die mit der Beschäftigung des Baugewerbes zusammenhängen, ist hier keinerlei Besserung festzustellen. Die Metallindustrie erlitt sowohl in Württemberg als in Baden wiederum eine Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Besonders war es die Edelmetallindustrie, deren Neigung zur Abschwächung sich unvermindert fortsetzte. Ein badischer Betrieb der Instrumentenbranche hat 150 Leute entlassen. In der Metallwarenindustrie Württembergs stehen ebenfalls größere Entlassungen in Aussicht. Hervorzuheben ist die noch gute Beschäftigung der Fabrikation chirurgischer Instrumente. Die Entwicklung der Textilindustrie ist schwer zu übersehen; die ungünstigen Momente scheinen vorherrschend zu sein. In der Lederindustrie hat sich noch keinerlei Besserung gezeigt. In der Holzindustrie waren nur Bauholzschnitzerei, Sägewerke und Säuren-, Fenster- und Parkettfabrikation aufnahmefähig. Die Möbelschnitzerei und die Musikinstrumentenfabrikation weist vorerst nur ganz geringe Anzeichen einer Besserung auf. Im Nahrungsmittelgewerbe gibt die Lage der Tabakindustrie, die in Baden schon lange sehr kritisch ist, bereits auch in Württemberg zu großen Besorgnissen Anlaß. Im Bekleidungsgebiete ist die Beschäftigung der Konfektion und der Wäschschneiderei befriedigend. Die Lage der Schuhindustrie ist immer noch nicht besser geworden.

Das Zentrum zur Wahlrechtsreform

Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei tagte am Sonntag in Essen unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Kaas. Einen Hauptpunkt der Beratungen bildete die Wahlrechtsreform. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Soweit die Mängel auf das heutige Wahlsystem zurückzuführen sind, ist die Herstellung einer engeren persönlichen Verbindung zwischen Wählern und Gewählten vorrangige Aufgabe. Insbesondere auch bei Aufstellung der Kandidaten. Das in der letzten Zeit lebhaft erörterte System der sog. freien Listen kann trotz mancherlei Vorteile keine brauchbare Lösung bieten. Als geeigneter Weg zur Verbesserung des bestehenden Wahlrechts erscheint dagegen die Verkleinerung der Wahlkreise mit einer festen Begrenzung der Kandidatenlisten für die einzelnen Parlamente.

Die Errichtung eines Reichsehrenmals zurückgestellt. Der Reichstag hat bekanntlich am 15. Dezember 1928 eine Entschließung angenommen und darin die Reichsregierung ersucht, von der Beratung und Beschlußfassung über die Wahl des Reichsehrenmals solange abzusehen, bis der deutsche Boden von fremdländischer Besatzung restlos befreit ist. Angeht dieser Entschließung hat der Reichsminister des Innern den beteiligten Verbänden auf Anfrage mitgeteilt, daß er der Frage der Errichtung eines Reichsehrenmals bis auf weiteres keinen Fortgang zu geben beabsichtige.

Letzte Nachrichten

Die deutsche Leistungsfähigkeit

Vorschlag für den Vorschlag Schachts

WTB. Paris, 22. April (Tel.). „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Senator Borah habe gestern noch einmal erklärt, daß er die Vorschläge Dr. Schachts auf der Reparationskonferenz als annehmbar für Frankreich ansehe. Bei dem Abschluß des Mellon-Verenger Abkommens hätten die französischen Delegierten sich darauf berufen, daß Frankreich nicht in der Lage sei, die Gesamtheit der den Vereinigten Staaten zutommenden Summen zu zahlen. Die gleiche These könne auf Deutschland angewandt werden. Wenn Frankreich also die von Deutschland gemachten Angebote ablehnen sollte, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich gezwungen sein, von Frankreich die restliche Bezahlung aller von ihm eingegangenen Schulden zu fordern.

Erklärungen Schachts und Rastls

WTB. London, 22. April (Tel.). Kurz vor seiner Rückreise nach Paris gewährte Reichsbankpräsident Dr. Schacht einem Vertreter des „Montag“ eine Unterredung, in der Dr. Schacht u. a. ausführte, daß er mit der gleichen Ruhe, mit der er nach Berlin gekommen sei, auch wieder nach Paris zurückkehre. Er werde dort die Verhandlungen wieder aufnehmen und abwarten, wie die Vertreter der übrigen Staaten in der Vollkonferenz zu den Vorkäufen im Unterausschuß sich einstellen würden. Wörtlich sagte Dr. Schacht am Schluß seiner Ausführungen: „Ich sahre mit dem Gedanken, daß ich in Paris selbst die ungläubigsten Thesen noch davon überzeugen werde, daß wir nicht mehr leisten können, und daß man Deutschlands Leistungsfähigkeit nur steigern kann, wenn man seine Produktionsfähigkeit fördert.“

WTB. London, 22. April (Tel.). Der Pariser Korrespondent der „Financial Times“ gibt eine Erklärung über den Standpunkt der deutschen Delegation wieder, die der zweite deutsche Delegierte, Geheimrat Ludwig Rastl, ihm gegeben habe.

Darin heißt es u. a.: Schließlich fanden wir einer Gesamtforderung von 2000 Millionen Reichsmark jährlich gegenüber. Wir sind aber zur Konferenz als nächste und unabhängige Geschäftsleute gekommen, und wir sind nicht bereit, gewisse Maßnahmen einzusetzen, die wir bei der Vorbereitung nicht auszuhalten konnten. Wir können unsere Zahlungsfähigkeit nicht durch Anstrengung steigern infolge der hohen Wollschancen, die alle Nationen seit dem Krieg gegen die Einfuhr deutscher Waren errichtet haben. Wir sind bereit und wünschen, die Dinge mit unseren Sachverständigenkollegen weiter zu erörtern. Wir wünschen nicht, daß die Konferenz abgebrochen oder auf unbestimmte Zeit verlagert wird. Aber als unabhängige sachkundige Geschäftsleute, die frei von der Kontrolle der deutschen Regierung sind, haben wir die Überzeugung, daß es die deutsche Leistungsfähigkeit zu sehr belasten würde, über die Annuität von 1650 Millionen Reichsmark hinauszugehen, außer, wenn die Vertreter der Gläubignationen uns einen anderen Ausweg zeigen, was sie bisher nicht getan haben.

Besuche beim Reichspräsidenten

WTB. Berlin, 22. April (Tel.). Reichspräsident von Hindenburg nahm heute die Zutrittsbesuche des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, sowie des Reichsverkehrsministers Dr. h. c. Stegerwald, entgegen.

Soldatenmishandlungen in Frankreich

WTB. Paris, 22. April (Tel.). Der sozialistische Abgeordnete Grot hat den Kammerpräsidenten davon in Kenntnis gesetzt, daß er die Regierung über Skandalöse Vorfälle im Feldlazarett Ghélons zu interpellieren gedenke. Es soll sich — wie die Blätter berichten — um brutale Mishandlungen jüdischer Art handeln, die der leitende Arzt an der eingelieferten Mannschaft begangen habe. Der „Quotidien“ behauptet, daß infolge dieser Quälereien auch Todesfälle zu verzeichnen gewesen seien. Er sei auch in der Lage, die Namen der Eltern derer anzugeben, die unter den Mishandlungen des genannten Arztes zusammengebrochen seien. Das Blatt stellt weitere Enthüllungen in Aussicht.

Kommunistenverhaftungen in Konstantinopel

WTB. Konstantinopel, 22. April (Tel.). Die türkische Polizei hat 22 Personen verhaftet, die beschuldigt werden, einer geheimen kommunistischen Organisation anzugehören. Die Polizei meldet, die Organisation, deren Tätigkeit sich hauptsächlich auf Konstantinopel und Smyrna erstreckt, sei von Ausschüssen in Berlin und Wien mit Geldmitteln versorgt worden.

Beschädigung eines japanischen Dampfers in China

WTB. Shanghai, 22. April (Meuter-Tel.). Nach einer japanischen Meldung wurde der japanische Fluchdampfer „Daiyo Maru“ auf der Fahrt nach Tschungking einige Meilen unterhalb von Tschungking aus 7,5-Zentimeter-Geschossen und Gewehrfeuer beschossen. Ein japanischer Unterleutnant, der die an Bord befindliche Wache von Marinesoldaten befehligte, wurde sofort getötet. 67 Passagiere und Mitglieder der Besatzung wurden verwundet, davon vier schwer. Man nimmt an, daß die Angreifer chinesische Truppen waren, die sich auf dem Rückzug aus Wuhan befanden.

Die Aussichten in Paris

Die Sachverständigen und die Reichsregierung

M. Berlin, 22. April. (Priv.-Tel.) Die gestrigen fünf-tägigen Beratungen des Reichskabinetts und der zu diesem Zweck nach Berlin gefahrenen deutschen Delegierten Schacht und Böcker, die ihren Niederschlag in dem (weiter unten mitgeteilten) Kommuniqué gefunden haben, haben volle Einmütigkeit der Minister ergeben. Auch diejenigen Minister, die an sich für eine sofortige Lösung der Reparationsfrage sind, haben sich doch auf die allgemeinen Grundlinien geeinigt. Abgesehen von politischen Kreisen, daß Schacht sich sehr scharf gegen eine Rede gewendet hat, in der Reichsinnenminister Severing kürzlich auch 500 Millionen als eine fühlbare Erleichterung bezeichnete.

Das Ergebnis der gestrigen Besprechungen besteht im wesentlichen darin, daß Schacht nach wie vor freie Hand hat und daß er auch nicht den geringsten Versuch machte, die Unabhängigkeit der Sachverständigen anzutasten. Schacht selbst steht unbedingt auf dem Standpunkt, daß er mit 1,65 Milliarden durchschnittlicher Jahresleistungen das Sach-Angebot gemacht habe, das für Deutschland gerade noch tragbar sei.

In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß es im besten Falle jetzt noch gelingen könne, den alten amerikanischen Vorschlag eines Provisoriums zur Durchführung zu bringen. Sollte das nicht gelingen, so betrachtet man die Aussichten auf ein Ergebnis der Konferenz als beinahe Null. Allerdings glaubt man, daß ein Bruch vermieden werden wird und daß es dann, wie man ursprünglich erklärte, zur Erhaltung verschiedener Gutsichten, also eines deutschen, eines amerikanischen und der Gläubigerstaaten kommen wird.

Über das Ergebnis der Besprechungen der beiden deutschen Delegierten Schacht und Böcker mit der Reichsregierung wird amtlich mitgeteilt:

„Die beiden Sachverständigen haben die Mitglieder des Reichskabinetts über den Stand der Expertenberatungen in Paris informiert. Sie berichteten insbesondere über die Bedeutung und die Behandlung des deutschen Memorandums. Die Sachverständigen stellten dabei fest, daß keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Anregungen in dem Memorandum enthalten seien, ferner daß derjenige Teil des Memorandums, dem von anderer Seite politischer Charakter beigegeben worden ist, weder im Unterausschuß noch im Plenum erörtert wurde, sowie daß das Memorandum genau so wie die übrigen Memoranden als Diskussionsgrundlage dienen sollte.“

Die Minister nahmen den Bericht entgegen und erklärten, daß sie auch weiterhin den Sachverständigen ihre unveränderte Handlungsfreiheit zu belassen wünschten.“

Damit wird die Tatsache unterstrichen, daß die von den Franzosen beanstandeten Sätze des deutschen Memorandums, die sich auf die Kolonien und den polnischen Korridor beziehen, keine anderen als den Charakter wirtschaftlicher Anregungen haben sollten und daß das ganze Memorandum, ebenso wie dies schon früher für die entsprechenden Schriftstücke der Gegenseite festgestellt wurde, keinen höheren Anspruch erheben als den, als Diskussionsgrundlage für die weiteren Beratungen verwendet zu werden, somit nicht ultimatim war.

Die nächste Vollstufung

WTB. Paris, 22. April. (Tel.) Die nächste Vollstufung der Reparationskonferenz ist auf Dienstag vor-mittag 11 Uhr festgesetzt worden.

Diese Verschiebung von heute auf morgen ist durch die der aufgenommenen werden. Diese Verschiebung ist durch die Befehle Lord Revelstokes erforderlich geworden. Seine Leiche wird heute auf dem englischen Landgute des Verstorbenen beigesetzt, und eine Anzahl Delegierter der Reparationskonferenz den Wunsch geäußert haben, an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilzunehmen, ließ sich der Wiederzusammentritt der Konferenz erst Dienstag ermöglichen.

In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die deutschen Sachverständigen, die am Sonntag in Berlin weilten und wieder nach Paris zurückgekehrt sind, nun ihre Ansicht über die deutsche Leistungsfähigkeit äußern werden.

Der englische Vertreter auf der Pariser Konferenz

WTB. London, 22. April (Tel.). „Morning Post“ zufolge werde das Mitglied des Direktoriums der Bank von England, Sir Basil Blackett, beauftragt werden, die durch den Tod Lord Revelstokes entstandene Lücke im Sachverständigenausschuß aufzufüllen. Nach dem „Daily Telegraph“ kommt auch Charles Abdis in Betracht.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn. Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner teilt mit, daß sie ihre hauptamtlichen Gaufrüher aus sämtlichen Direktionsbezirken, mit Einschluß der Vertreter des 40 000 Mitglieder starken bayerischen Landesverbandes, auf kommenden Donnerstag zu einer Führerkonferenz nach Berlin beruft, um zu der gegenwärtigen Lage im Lohnkonflikt bei der Reichsbahn Stellung zu nehmen. Die Lage wird von der Gewerkschaft als sehr gespannt betrachtet.

Der deutsche Außenhandel im März

38 Millionen Einfuhrüberschuss
Die Einfuhr im reinen Warenverkehr beträgt im Monat März 1929 1022 Mill. Reichsmark, die Ausfuhr einschließlich der Reparationsfachlieferungen 984 Mill. Reichsmark. Der Einfuhrüberschuss beläuft sich somit auf 38 Mill. Reichsmark gegenüber 44 Mill. Reichsmark im Februar. Auf die Reparationsfachlieferungen entfallen wie im Vormonat 52 Millionen Reichsmark.

Die Einfuhr wie die Ausfuhr haben sich gegenüber dem Vormonat nur wenig verändert. Die Einfuhr ist um 5 Millionen Reichsmark gestiegen, und zwar ergibt sich eine Zunahme bei Rohstoffen (+16,9 Mill. Reichsmark) und Fertigwaren (+5,5 Mill. Reichsmark); sie wird jedoch durch einen Rückgang der Einfuhr von Lebensmitteln und lebenden Tieren (-17,3 Mill. Reichsmark) teilweise ausgeglichen.

Die Abnahme der Lebensmittelaufnahme ist im wesentlichen saisonmäßig zu erklären. Wenn die Lebensmittelaufnahme für den niedrigeren Jahresbedarf an Getreide nach der guten Ernte des Vorjahres zurückzuführen. Der Rückgang der Einfuhr von Lebensmitteln im März liegt in der Hauptsache bei Kaffee (-18,5 Mill. Reichsmark), Reis (-7,1 Mill. Reichsmark), Kakao (-5,3 Mill. Reichsmark) und Butter (-4,4 Millionen Reichsmark). Zugunommen hat die Einfuhr von Eisen (+5,7 Mill. Reichsmark) und Küchengeräten (+4,0 Mill. Reichsmark).

Die geringe Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren bildet einen teilweisen Ausgleich für den starken Rückgang der Einfuhr im Vormonat, der durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse mitbedingt war. Als Symptom eines erhöhten Rohstoffbedarfs ist die Zunahme nicht zu bewerten. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht vor allem, daß die Einfuhr von Baumwolle, die im Februar bereits um 47 Millionen Reichsmark zurückgegangen war, weiter um 5,4 Mill. Reichsmark unter der Einfuhr im März 1928 und um rund 24 Mill. Reichsmark unter der Einfuhr im März 1927.

In der Ausfuhr ist eine Steigerung im wesentlichen nur bei Rohstoffen (+12,6 Mill. Reichsmark), und zwar bei Kohlen (+18,5 Mill. Reichsmark), Holz (+5,7 Mill. Reichsmark) und Kalkstein (+2,3 Mill. Reichsmark) eingetreten. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist erneut, wenn auch nur um 3,3 Mill. Reichsmark, zurückgegangen.

Die Ausfuhr bewegt sich im ganzen auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau, insbesondere wenn man sie mit der Ausfuhr im März des Vorjahres vergleicht (984 gegen 1070 Mill. Reichsmark). Dies und die Tatsache, daß von Kohlen und einigen Fertigwaren abgesehen, bei zahlreichen Waren wiederum eine Abnahme der Ausfuhr eingetreten ist, läßt darauf schließen, daß die Ausfuhrergebnisse auch im März noch durch die Folgen der ungünstigen Witterung in den letzten Monaten beeinflusst sind.

Prinz Heinrich von Preußen †

Der älteste Bruder des früheren Kaisers, Prinz Heinrich von Preußen, starb am Samstag auf seinem Gut Hemmelmar bei Ederfurde (Schleswig) an einer Lungenerkrankung.

Der Senior der in Deutschland lebenden Prinzen der ehemaligen in Preußen regierenden Familie wäre im August 67 Jahre alt geworden. Vieles ist über Deutschland hinweggegangen, seit der Prinz-Großadmiral in der Abendmahnung des 4. November mit Frau und Sohn und einigen Hausgenossen, und Auto aus dem meuternden Kiel floh. Von Jugend auf für den Seesdienst bestimmt, wobei die Reizung der englischen Mutter wohl mitgesprochen hat, brachte er eine schließliche Passion für den Motorsport in seinem Beruf mit. Er war Anhänger starken Flottenaufbaus. In den Neben, die er als der gegebene Stellvertreter bei Feiern im Inland und im Ausland hatte, mußte, hat er stets die gleiche Note angeschlagen, die aus den Neben des Bruders sang.

Nach dem Zusammenbruch ist er nur zweimal an die Öffentlichkeit getreten. Im Dezember 1918 hat er in einer Rundgebung an die Mitglieder des ehemaligen Königshauses diese aufgefordert, trotz der Neuordnung der Dinge im Reich und in Preußen sich dem Dienst am Wiederaufbau des Reichs und der Mitarbeit im Staate nicht zu verweigern, wobei er allerdings die „persönliche Gebundenheit“ an den „König als Chef unseres Hauses“ betonte. Im August 1919 hat er dann einen offenen Brief an seinen Vetter, den König Georg V. von England gerichtet, in dem er gegen die Auslieferung Kaiser Wilhelms II. protestierte und den König bat, seinen Einfluß gegen das beabsichtigte Auslieferungsverlangen einzusetzen. Mit Ausnahme einer Reise nach Mittelamerika, wo sein zweiter Sohn Sigismund, in Costarica, eine Plantage bewirtschaftet, und wo ihm ein Enkel geboren wurde, hat Prinz Heinrich seit dem Umzug auf seinem Gute Hemmelmar gelebt, häufige Besuche jedoch in Dorn gemacht.

Die Bauernunruhen in Weidenfleth werden nochmals die Gerichte beschäftigen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Scheer Prozeß Berufung bezüglich sämtlicher Angeklagten eingelegt, so daß nunmehr die Sache vor der Grafschaftsammer des Altonaer Landgerichts zur Verhandlung kommen wird.

Sommerzeit in Frankreich und Luxemburg. In der Nacht zum 21. April d. J. wurde in Frankreich und Luxemburg die Sommerzeit eingeführt, d. h. sämtliche Uhren wurden um 23 Uhr um eine Stunde vorgerückt. Damit stimmt die französische Zeit mit der unfrühen überein.

Wahlen in Dänemark. Am 24. April finden in Dänemark die Kammerwahlen statt. Im ganzen sind 148 Sitze zu besetzen.

Kleine Chronik

Im Paketpostamt beim Nürnberger Hauptbahnhof explodierte in einem Paket eine mit Schwefelsäure gefüllte Flasche. Dabei wurde ein Posthelfer schwer verletzt.

In der Gröllwitzer Papierfabrik A. G. bei Halle (Saale) entstand heute, Montag d. 22. April, im Kesselhaus ein Brand, der sich bald zum Großfeuer entwickelte. Sämtliche Löschzüge der Halleischen Feuerwehr mußten an die Brandstelle entsandt werden.

Als der Jüvalide Schmidt in Delitzsch (bei Leipzig) abends in angetrunkenem Zustand nach Hause kam, mißhandelte er seine Angehörigen. Der 19-jährige Sohn setzte sich zur Wehr und tötete mit einem Krüdenstock den Vater nieder, der im Krankenhaus starb.

Aber den Tod seines Kindes ist in Berlin ein 24 Jahre alter Chauffeur in Jersinn verfallen. Er grub auf dem Friedhof am Fürstenbrunner Weg mit den Händen das Grab aus, zertrümmerte den Sargdeckel und wollte die kleine Leiche mitnehmen, was im letzten Augenblick durch einen Friedhofsbeamten verhindert wurde. Im Polizeirevier erlitt er einen Tobsuchtsanfall.

Aus der badischen Landwirtschaft

Der Zuckerrübenbau in Baden

In einer stark besuchten Versammlung der Zuckerrüben- und Rapsbauern sprach in Radenburg der Geschäftsführer des Verbandes süddeutscher Zuckerrübenbauern über die Bedeutung des Zuckerrübenbaues in Baden. Neben der Sortenfrage behandelte er Einzelheiten des Anbaues und kam zu dem Schluß, daß die deutsche Anbaufläche für Zuckerrüben noch vergrößert werden könne. Gegenüber der Einheitsfront der Zuckerrüben- und Rapsbauern ist es dank der Geschlossenheit der Rübenbauern gelungen, für den diesjährigen Anbauvertrag wichtige Verbesserungen zu erzielen. Als Anzahlung wird ein Mindestpreis von 1,50 RM gegenüber 1,30 RM im Vorjahr bezahlt, für die Schnittrücklieferung werden nur 70 Proz. (statt 80 Proz.) des Magdeburger Vorkaufspreises angesetzt; der Beteiligungskoeffizient am Gewinn der Zuckerrübenfabriken wird verdoppelt.

In der Aussprache wurde lebhaft über die Ablieferungs- und Verladeverhältnisse gefoltert, besonders im Hinblick auf die hohen Erhebungen für anhaftende Erbe.

Nach den letzten Erhebungen sind in Baden im ganzen 2741 Hektar mit Zuckerrüben bestellt. Die Fläche entfällt fast ausschließlich auf das badische Unterland (Amtsbezirke Sinsheim 960 Hektar, Mannheim 484, Mosbach 294, Heidelberg 199, Bruchsal 172, Bretten 150, Adelsheim 134, Weinheim 127 usw.). An der Zuckerrübenfläche des Reichs beträgt Badens Anteil rund 10 v. H. Die Hälfte der badischen Zuckerrübenflächen wird von den Rapsbauern der Süddeutschen Zuckerrüben- u. S. in Mannheim bebaut; einen weiteren großen Teil bestellen die Landwirte auf Grund von Verträgen mit der Zuckerindustrie.

Um die Amerikanerrebbe. In Langenbrücken (Amt Bruchsal) fand eine von etwa 600 Winzern der Bezirke Bruchsal und Wiesloch besuchte Protokollversammlung statt, gegen das neue Verbot der Anpflanzung von Amerikanerrebbe und des Handels mit Amerikanerwein, der zum Verbot mit verwendet wird. Der Geschäftsführer des Badischen Weinbauverbandes erläuterte den Inhalt des Gesetzesentwurfes, der dem Schutze des Edelweines gelte, und Baden versuchte, das Mögliche zur Milderung zu erreichen durch Erweiterung der Karenzzeit auf mindestens 6 Jahre und genügende Entschädigung der Hybridpflanzungen bei der folgenden Umstellung im Rebbau. Die Aussprache war teilweise sehr erregt und bekannte die Sache im Ganzen. Schließlich wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, wonach der Verzicht mit Hybridweinen so lange gestattet werden soll, als dieser auch mit ausländischen Weinen erlaubt ist. Ferner wurde gefordert, daß der Handel und Anbau von Hybridweinen so lange zugelassen sind, bis die Bevölkerung sich ohne wirtschaftliche Nachteile auf einen unentgeltlich zu überlassenden Ersatz an Neben umstellen kann, und hierbei volle Entschädigung zu gewähren ist. Die Hybridpflanzungen erziehen einen Ausgleich mit den Edelweinpflanzungen der Winzern in beiderseitigem Interesse.

Spargelmärkte in Ketsch. Die Vereinigung der Spargelzuchtler in Ketsch, der bereits 108 Mitglieder angehören, hat beschloffen, regelmäßig, und zwar schon in dieser Erntezeit, Spargelmärkte abzuhalten. Der Gemeinderat hat seine Genehmigung dazu gegeben und bereits eine Spargelmärkteordnung ausgearbeitet, die den zuständigen Behörden vorgelegt ist.

Tagung der badischen Obstvereine. Am Samstag und Sonntag fand in Mühlheim die Landesvertreterversammlung der Obstvereine Badens statt. Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung hörte nach Erhaltung des Tätigkeitsberichts verschiedene Referate, so über die Bedeutung des Obstbaues. Unter anderem sprachen der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Graf Douglas, der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Obst- und Gartenbauvereine, Direktor Ebert, und der Vertreter der Obstbauabteilung bei der Badischen Landwirtschaftskammer, Obstbaurator Glaser.

Die alljährliche Weinprämierung des Markgräfler Weinbauvereins fand am Samstag in Mühlheim statt. Es handelte sich um 1928er Weine. Es waren wiederum wesentliche Fortschritte zu verzeichnen, so daß die in doppelter Besetzung amtierenden Preisrichter über die 120 ausgesetzten Proben kein leichtes Urteil abzugeben hatten. Schließlich hatten noch die Oberkommissionen die endgültige Entscheidung. Es wurde eine ganze Reihe erster und zweiter Preise und mehrere Diplome ausgeföhrt, die sowohl auf die bekannten Mühlheimer Kugener, Schlegener und Kauffener Gewächse entfielen, als auch auf die Gewächse von Weil a. Rhein, Erzingen, Tannenloch usw. Die Bedeutung der ganzen Veranstaltung für den Weinbau drückte sich auch in der Anwesenheit verschiedener Persönlichkeiten aus, so des Landeskommissars Freiburg, des Landrats von Mühlheim und der Vertreter der Weinbauinstitute Augustenberg und Freiburg.

Aus der badischen Industrie

Der Lohnstreit in der Mannheimer Metallindustrie ist beendet. In dem Lohnstreit des Bezirks Mannheim-Ludwigs- hafen im Verband der Metallindustrie Badens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke haben am 18. und 19. April Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die zu einer endgültigen Vereinbarung führten. Danach wird der am 18. März durch den Schlichter für Süddeutschland gefällte Schiedspruch, der eine Erhöhung der Löhne um 4 Pf. vorsieht, mit Wirkung vom 1. April in Kraft gesetzt, mit einer Ergänzung, die einen gewissen Ausgleich in bezug auf die Wirkung auf die Festlegung stellt. Für die Arbeiterarbeiter leicht es bei den Bestimmungen des Schiedspruchs. Der Lohnstreit ist hierdurch endgültig beigelegt.

Aus der oberbadischen Textilindustrie. Die seit längerer Zeit im Gange befindliche Umstellung auf rationelle Betriebsweise in der Baumwollspinnerei und Weberei Volkertshausen (Amt Stodach) hat mancherlei unermessliche Härten für die Arbeiterchaft im Gefolge. Die völlig durchgeführte Automatisierung der Weberei brachte es mit sich, daß eine Anzahl von Webern und Weberinnen entbehrlich wurden. Auch sonst sind in diesem Frühjahr verhältnismäßig zahlreiche Entlassungen erfolgt, die für die davon betroffenen zahlreichen älteren Arbeiter besonders bitter sind. Der Arbeitstag ist in zwei Schichten geteilt. Versuchsweise wurde in der letzten Woche die stündige Schicht von 6 bis 13 Uhr und 12 bis 6 Uhr durchgeführt. Wäre sie beibehalten worden, so hätte dieser 6-Stunden-Arbeitstag einen bedeutenden Lohnausfall für die einzelnen Arbeiter ergeben. In dieser Woche ist nun die stündige Schicht eingeführt worden, so daß von 6 bis 2 Uhr und 2 bis 10 Uhr gearbeitet wird.

Fabrikindustrie in Baden. In über einem Drittel aller badischen Gemeinden ist die Fabrikindustrie heimisch. Nach Größe der Arbeiterzahlen gruppieren sich die badischen Industrieorte wie folgt: Mannheim, Forstheim, Karlsruhe, Weinheim, Freiburg i. Br., Durlach, Heidelberg, und Singen a. S.

In einer Wirtschaft in Birmasens ereignete sich nachts ein furchtbarer Vorfal. Der Zementierer Fritz Boffing sprang plötzlich auf und rief sich mit den Worten: „Ich werde mich nun töten!“ das Messer ins Herz; er war sofort tot.

Neue Zwischenfälle in Birmasens

In der Freitagtagung des Stadtrats Birmasens kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die sich gegenseitig wegen ihrer Demonstrationen in die Haare gerieten. Gegen diese Umzüge und die damit verbundenen Unruhestörungen wurde vom Bürgermeister und den Stadträten der gemäßigten Parteien energig Front gemacht. Trotzdem kam es in der Nacht zum Samstag wiederum zu einem Zusammenstoß, als einige Kommunisten das Standquartier der Nationalsozialisten in der Hauptstraße passierten. Es fielen aus der Richtung der Wirtschaft mehrere Schüsse, die jedoch nicht trafen. Die sofort verständigte Polizei nahm bei allen in der Wirtschaft anwesenden Gästen eine Leibesvisitation vor, aber ohne Erfolg. Man ist nunmehr gewillt, gegen Anschreitungen mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Offene Aufnehmung französischer Truppen

Die kommunistische Pariser „Humanité“ veröffentlicht einen Brief der Reservisten, die beim Straßburger Pionierregiment zu einer Übung eingezogen sind und gegen die Einziehung demonstrieren haben. Der Anlaß der Demonstrationen war demnach die Verabreichung einer halben Sardinie pro Mann zum Frühstück, was von den Mannschaften als unzulänglich zurückgewiesen wurde. Die Mannschaften widerlegten sich der nachher angeführten Übung und piffen die Unteroffiziere aus, erschiene zur Übung von vornherein ohne Waffen und festen durch, daß das Exerzieren unterbleibe. Ebenso verweigerten sie eine Gewehrfähigung. Nach derselben Quelle ist ein Reservist vom Fliegerregiment in Niedehöfen gefangen gesetzt worden, weil er in einer Wirtschaft öffentlich die Internationale sang.

Das italienische Parlament

wurde am Samstag in Rom feierlich eröffnet. Die Thronrede des Königs verweist auch auf die Verbindung mit dem Heiligen Stuhl. Die ganze Aufmerksamkeit müsse auf die wirtschaftliche Entwicklung gerichtet werden. Bis jetzt sei die Abstützung nur eine große Hoffnung geblieben, und mit Rücksicht hierauf sei es Pflicht eines Staates, für die genügende Verteidigung des Vaterlandes zu sorgen. — In Italien wird ein neues Staatswappen und Staatsstempel eingeführt. Bisher wurde neben dem königlichen Wappen das faschistische Wappen mit dem Vorkriegsbündel verwendet. Diese beiden Wappen sind in dem neuen Wappen verschmolzen. Es besteht aus dem faschistischen roten Schild mit silbernen Kreuz, der von einer Krone überhöht und von zwei Vorkriegsbündeln gehalten wird, deren Äste nach außen gerichtet sind. Auch neue Postwertzeichen gelangen zur Einführung.

Für die Speyerer Protestationsfeier am Pfingstmontag sind 30 000 Personen aus der Pfalz, aus Baden und 11 000, aus Hessen 2000 angemeldet. Etwa weitere 10 000 Anmeldungen aus Hessen, sowie Anmeldungen aus dem preussischen Saargebiet sind noch zu erwarten.

Schnelle Statarbeit in Preußen. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist damit zu rechnen, daß die Beratungen des preussischen Haushaltes in der Woche vor Pfingsten ihren Abschluß mit der Annahme des Etats finden. In der nächsten Woche werden die Beratungen über die Verlängerung des alten Gewerbesteuergesetzes zwar noch in die Gatsberatungen eingeschoben, doch wird angenommen, daß die Verabschiedung dieses Gesetzes ohne längere Beratungen erfolgt.

Bekämpfung der Falschmünzerei. In Genf ist eine Konvention zur Bekämpfung der Falschmünzerei von 23 Staaten unterzeichnet worden. Unter den Unterzeichnern befindet sich auch Deutschland und fast sämtliche Nachbarstaaten Deutschlands. Auch die Sowjetunion hat unterzeichnet.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bey traf Samstag nachmittag 3.44 Uhr, von Genf kommend, wo er an Abrüstungskonferenz teilgenommen hatte, in Berlin ein.

Die neue Mittelmeerfahrt des „Graf Zeppelin“

die heute, Montag, früh, beginnen sollte, wurde wegen der Witterungsverhältnisse noch aufgeschoben. An der Fahrt wollen folgende Persönlichkeiten teilnehmen: der Präfekt von Paris, der deutsche Vizekonsul, der französische Ministerpräsident Braun, M. d. N. Cuaadi, Ministerialrat Dr. Gut vom Reichspostministerium Berlin, Ingenieur Jouglard von der französischen Postfach in Berlin, M. d. N. Dr. Saas, Karlsruhe, Staatsrat Nau vom württembergischen Finanzministerium, Staatssekretär Ostbrod vom Reichsverkehrsministerium, Präsident Kaelin, Stuttgart, Ministerialrat Dr. Hellmann vom bayerischen Ministerium des Äußeren, Graf Soden-Frauenhofen, Friedrichshafen, Direktor Kammer von der Firma Conder-Spindler in Rio de Janeiro, Rechtsanwalt Heinrich Monde, Dr. Geride, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Generaldirektor Dr. Metz, Generaldirektor Horst-Spatenauer, Frau Angerer-Gysi, Frä. Paula Rittio.

Der neue Riesenbomber „Bremen“

Zahlreiche deutsche und ausländische Pressevertreter waren am Samstag einer Einladung des Norddeutschen Lloyd in Bremen zu einer Besichtigung des neuen Riesenbombers „Bremen“ gefolgt. Der Bau soll bis etwa Mitte Juli beendet sein. Die „Bremen“ wird dann eine etwa 10tägige Probefahrt machen und voraussichtlich am 16. Juli die Jungfernfahrt nach Amerika antreten. Die gigantische Größe des „Bremen“ mag aus einigen Daten zu ersehen sein: 280 Meter lang, 30 Meter breit, Seitentische an der niedrigsten Stelle 16 1/2 Meter, Durchmesser der beiden elliptischen Schornsteine je 15 x 6 Meter, Höhe der Schornsteine über dem Wasserpiegel 35 Meter, über dem Kiel 45 Meter, Besatzung 950 Mann, Normalzahl der Passagiere 2000.

Ein doppelter Beleidigungsprozeß wegen Konnerkreutz

WZ. München, 22. April. (Tel.) Der durch eine wissenschaftliche Fehde über die stigmatisierte Theresie Neumann in Konnerkreutz ausgelöste Beleidigungsprozeß des prof. Arztes Dr. Eduard Aigner gegen den Schriftsteller Ritter von Lama, Füssen, endete heute mit der Verurteilung des Beklagten, Ritter von Lama, zu 300 M Geldstrafe evtl. 15 Tagen Gefängnis; gleichzeitig wurde jedoch Dr. Aigner, gegen den von Lama Widerklage erhoben hatte, zu 200 M evtl. 10 Tagen Gefängnis, verurteilt. In der Begründung des Urteils wird festgesetzt, daß von beiden Seiten in Artikeln Ausdrücke gebraucht worden sind, die schwere Beleidigungen darstellen. Die Beleidigungen, die Dr. Aigner zugefügt worden seien, seien jedoch viel schwerere. Das Urteil weist zum Schluß darauf hin, daß Streitigkeiten wissenschaftlicher Art in rein sachlicher Form ausgetragen werden müssen.

Die Erdbeben, welche die deutschen Erdbebenwarten melden haben sich in Italien ereignet. Seit einer Woche wird die Gegend von Bologna, Florenz und Rom ununterbrochen durch Erdbeben heimgesucht. Nach dem kräftigen Stoß am Freitag früh gegen 5 Uhr erfolgte am Samstag früh 2 Uhr 11 Minuten eine noch wesentlich stärkere Erschütterung.

Badischer Teil

Der Heidelberger Hörsaal-Neubau

Keine höheren Aufwendungen

Durch verschiedene badische Zeitungen ging dieser Tage eine Meldung über den Heidelberger Hörsaalneubau, die, wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, nicht in allen Teilen zutreffend ist. Wichtig ist, daß mit der Vorlage der Pläne in Höhe zu rechnen sein wird, und ferner, daß es sich als zweckmäßig erwiesen hat, das sog. „Neue Kollegienhaus“ abzubrechen. Dagegen ist nicht zutreffend, daß, wie in der Notiz angegeben wurde, die Baukosten durch die Vergrößerung der Bauabsichten gleichfalls erheblich steigen werden, also, daß man höhere Mittel aufwenden wolle, als sie durch die amerikanische Spende zur Verfügung stehen. Die Verwendung von staatlichen und gemeindlichen Mitteln für den Heidelberger Hörsaalneubau kommt nicht in Betracht.

Schwäbischer Heimatabend in Mannheim

Die „Vereinigung der Württemberger in Mannheim“ kann im Späthier ein 40jähriges Bestehen zurückblicken und wird dieses Jubiläum in feierlicher Weise begehen. Dieser eigentlichen Jubelfeier ging am Sonntag der erste große schwäbische Heimatabend voraus, der im vollbesetzten Nibelungenaal des Rosengartens stattfand. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der württembergischen Landsmannvereine Deutschlands, Architekt Hugo Benzinger, Karlsruhe, hob in seiner Festansprache hervor, daß die Zahl der Schwabenvereine in letzter Zeit gestiegen sei. Es ist auch gelungen, eine Zeitschrift „Das schöne Schwabenland“ herauszubringen.

Der württembergische Staatspräsident Fols, der der Einladung seiner Landsleute zu ihrem Heimatabend gerne gefolgt war, begrüßte all die Schwaben aus Mannheim, Ludwigsburg, Heidelberg, Weinheim, Schwetzingen, Bruchsal, Karlsruhe, Mainz und vielen anderen Orten. Er übermittelte auch die Grüße des badischen Staatspräsidenten und freute sich, daß hier Schwaben und Badener so einträchtig beisammen seien. In einer Zeit, in der man alles zu typisieren und zu rationalisieren sucht, sei es besonders bedeutsam, wenn gewisse Eigentümlichkeiten der einzelnen deutschen Stämme betont würden. Bei den Schwaben sei das Bedürfnis zum Zusammengehören und zur Bewahrung ihrer Eigenart noch etwas stärker ausgeprägt als bei den andern. Zäh und kräftig, wie sie im Leben sind, erhalten sie auch ihre Sprache und Bräute lebendig, ob sie nun irgendwo im Deutschen Reich ansässig sind, oder zertrent in der weiten Welt, in Siebenbürgen, in Rußland oder in Ungarn. Es ist etwas schönes, wenn ein Volk die Heimatliebe, die Vaterlandsliebe pflegt. So ist es auch von allgemeinen deutschen und vaterländischen Standpunkt aus begründbar, wenn die einzelnen Stämme ihre Art zu sichern suchen.

Die Worte des Staatspräsidenten wurden lebhaft begrüßt, ebenso die Ansprache von Rechtsanwalt Dr. Eisenmann, I. Vorsitzender der Gesellschaft Schwaben E. V. Stuttgart, der die Schwabenvereine einlud, sich auch einmal zu einem Besuch in Stuttgart zusammenzutun.

Das die Ansprachen umrahmende Programm war recht abwechslungsreich und in der Hauptsache auf den schwäbischen Humor abgestimmt. Der wohlgelungene Heimatabend fand mit einem gemächlichen Beisammensein seinen fröhlichen Abschluß. Auch der Sechsaß und die sieben Schwaben fehlten nicht.

Gemeinderundschau

Von der städtischen Straßenbahn, Karlsruhe. Zur Erneuerung des Wagenparks der städtischen Straßenbahn hat der Stadtrat, wie im Vorschlag vorgesehen, die Lieferung von 6 Motor- und 4 Anhängerwagen in Auftrag gegeben. Desgleichen sind 3 schwere elektrische Triebwagen für die Lokalbahn nach Dürmersheim, deren Elektrifizierung zur Zeit im Gange ist, vergeben worden.

Die Bahnwünsche des Frankensandes. In einer Versammlung der Bürgermeister des Amtsbezirks Tauberbischofsheim wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der an die zuständigen Stellen die dringende Bitte gerichtet wird, auf den raschesten Ausbau des Zwischenstücks Königheim-Horbheim der Bahnlinie Tauberbischofsheim-Wallburen, sowie auf beschleunigte Ausführung des Bahnbaues Ebersburken-Merchingen-Affandstadl-Mergentheim hinzuwirken.

Gasfernversorgung Heidelberg. Der gemischt beschließende Ausschuss in Heidelberg hat den Vertrag mit den südlich Heidelbergs gelegenen Gemeinden Wiesloch, Wallburen, Sandhausen, St. Ilgen, Nuplach und Leimen über die Versorgung mit Gas aus dem Heidelberger Gaswerk genehmigt. Mit den Rohrverlegungsarbeiten wird sofort begonnen. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Arbeitslosen und das ortsanfällige Installationsgewerbe zu den Bauarbeiten heranzuziehen.

Die Mannheimer Milchzentrale, A.-G., Mannheim, erzielte im Geschäftsjahr 1928 einen Reingewinn von 12 226 M. Die Generalversammlung hat die Verteilung von 4 Proz. Dividende beschlossen.

Neue Wasserpumpanlage in Singen. Die neue Pumpanlage für das ganze städtische Wasserleitungsnetz Singen ist in Betrieb genommen worden. Es handelt sich um eine automatische Wasserdrukregulierung, die es gestattet, für jedes Stadtgebiet den erforderlichen Wasserdruck zu erzeugen und den jeweils im Verhältnis zur Wasserentnahme wechselnden Druck zu regulieren. Die Kosten waren auf 70 000 M. veranschlagt.

Aus der Landeshauptstadt

Starke Beteiligung an der 2. Süddeutschen Gastwirtschaftsmesse. Welche lebhaftesten Interesse die in der Zeit vom 27. April bis 7. Mai in den Ausstellungshallen zu Karlsruhe veranstaltete 2. Süddeutsche Gastwirtschaftsmesse bezeugt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Messeleitung infolge völligen Ausverkaufs der Plätze nicht mehr in der Lage ist, noch vielen einlaufenden Wünschen von Ausstellungsplätzen entgegenzukommen. Auf breiter Basis aufgebaut, führt sie die Messebesucher mitten in das gastwirtschaftliche Streben und können hinein. Die Messeleitung wird bemüht bleiben, jeden Besucher zufriedenzustellen, um den ganzen, auch aus Bayern, Württemberg, Hessen und der Pfalz sehr stark zu erwartenden Verkehr reibungslos zu bewältigen.

Schwere Verkehrsunfälle. Am Sonntagvormittag fuhr der Führer eines Personentransportwagens in der Kastatter Straße einen Nachfahrer von hinten an, der mit einer schweren Gehirnerschütterung vom Platze getragen wurde. Sein Zustand ist bedenklich. — Abends gegen 19 Uhr ereignete sich ein weiterer schwerer Unfall auf der Vinkenheimer Landstraße in der Nähe des Schützenhauses. Auch dort kam ein Nachfahrer, als er aus dem Schützenhaus herausfuhr, mit einem Kraftwagen in Kollision. Er zog sich einen Schädelbruch zu. Die Autoinsassen verbrachten ihn mit ihrem Wagen ins Städtische Krankenhaus. In der Nacht gegen 11 Uhr ereignete sich am Sonntag noch ein weiterer Unfall, die aber glimpflich abließ.

Von der Badischen Hochschule für Musik. Am Samstag fand die Übergabe des von der Stadt Karlsruhe gekauften Palais Büchlin statt, dessen prachtvolle Räume in den der Badischen Hochschule für Musik dienlich gemacht werden sollen. Besonders günstig ist die direkte Verbindungsmöglichkeit zwischen dem Konjervatorium und dem Palais Büchlin, was eine wesentliche Arbeitsvereinfachung mit sich bringt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Mit dem Polarsturmwind, der am Samstag beträchtliche Abkühlung brachte und wieder vielfach Nachfrost verursachte, hat sich eine Hochdruckwelle von Nordwesten her über das Festland ausgebreitet. Nach vorübergehender Bewölkungszunahme bei aufsteigenden, nördlichen Winden und streichweisen Niederschlägen (Hochschwarzwald Neuschnee), ist daher gestern rasch Aufhellung eingetreten. Die Ausdehnung auf eine ständige Schönwetterperiode sind aber vorläufig noch nicht vorhanden. In Nordeuropa herrscht noch durchaus winterlicher Bitterwettercharakter, so daß eine Erwärmung des Kontinents stets zu neuen Kaltstürmen nach Süden führen wird. Wetterausblick: Bewölkungszunahme, noch meist trocken, Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 20. April. Auf dem Mannheimer Wochenmarkt waren die ersten Spargel zu haben. Das Pfund kostete 2,50 M. Sie stammen aus Radenburg. Auch in Schwetzingen, der badischen Spargelstadt, hat man mit der Spargelernte schon begonnen.

DJ. Altheim (Baden), 22. April. Bürgermeister Köhr wurde wegen Versicherungsbetruges in das Amtsgefängnis Altheim eingeliefert. Mit ihm wurden noch mehrere Personen verhaftet.

DJ. Stettfeld (Am Bruchsal), 22. April. Gestern abend 8 Uhr brach im Hinterhaus der Gastwirtschaft „Zum Löwen“ ein Feuer aus, das sich rasend schnell verbreitete und bald auf drei weitere Anwesen übergieng. Der Brand konnte erst eingedämmt werden, nachdem die Motorpumpen Bruchsal zur Hilfe gerufen worden war, die aber zeitweise unter Wasser-mangel zu leiden hatte.

ld. Forzheim, 22. April. Am Sonntagmorgen gerieten auf der Straße Gährichen-Forzheim das Motorrad und die Kleider des 40 Jahre alten, verheirateten Monteurs Friedrich Marquard, Vater von drei Kindern, in Brand. Er sprang sofort ab, wälzte sich auf der Straße, aber leider verbrannte ihn seine verletzte Hand daran, daß er sich die Kleider vom Leibe reißen konnte. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß er heute morgen im hiesigen Krankenhaus gestorben ist.

W. W. Lahr, (Baden), 22. April. Auf der Heimfahrt von einem Handballspiel ist ein mit 22 Mitgliedern des Turnvereins Sulz bei Lahr besetztes Verkehrsauto gestern abend in einer Kurve umgekippt. Dabei wurden drei der Spieler schwer, mehrere andere leicht verletzt.

DJ. Billingen i. Schw., 21. April. Der recht wenig erfreuliche Temperatursturz in der Nacht zum Sonntag hat im Hochschwarzwald erneuten Schneeeisfall gebracht. In Billingen, St. Georgen wurden die frischen Fluren wieder mit leichtem Schnee bedeckt. Das Thermometer näherte sich wieder bedenklich dem Nullpunkt.

ld. Konstanz, 21. April. Am Samstagvormittag erlitt der 50jährige Tagelöhner Dominik Weibel nach einem Streit seine auf die Straße gestürzte 14jährige Frau. Der Stiefsohn der Schlagader, und die Frau verblutete. Schon am Nachmittag konnte im benachbarten Kreuzlingen (Schweiz) der Täter verhaftet werden. Seine Auslieferung ist beantragt. Der Mörder gehört zu jenen Personen, die der Arbeit aus dem Wege gehen, dafür um so stärker alle Unterstützungen in Anspruch zu nehmen, vertieren. Die Kinder der ermorberten Frau aus erster Ehe mußten in Fürsorgeerziehung genommen werden, da sie vollständig verwaist waren. Der frühere Mann der Ermordeten, namens Altmann, besaß ebenfalls einen sehr schlechten Reumund.

* Ludwigshafen a. Rh., 21. April. Die letzten Tage haben der Pfalz mehrere große Waldbrände gebracht. Bei der Wetterwarte Kalmit wütete ein Brand 8 Stunden und vernichtete große Bestände junger Kiefernplantagen. Im Biennwald sind 100 Morgen Hochwald vollständig vernichtet worden, während bei Annweiler, Dahn und Kaiserslautern etwa 60 Morgen besser Wald ein Raub der Flammen wurden. In allen Fällen ist Fahrlässigkeit festgestellt worden.

DJ. Speyer, 22. April. Nach dreitägiger Verhandlung wurde im Prozeß wegen des Zusammenbruchs der Garthausener Spar- und Darlehenskasse nach 14stündiger Beratung am Samstagvormittag das Urteil verkündet. Der Pferdehändler Wienandt wurde zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Hauptlehrer Herzhauser erhielt 1 Jahr 8 Monate Gefängnis. Die bis auf das Jahr 1927 zurückgehenden strafbaren Handlungen, die zum Zusammenbruch des Unternehmens führten, hatten schwere Schädigungen vieler kleiner Landwirte und Gewerbetreibender zur Folge.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. April		19. April	
	Geld	Beiz	Geld	Beiz
Amsterdam 100 G.	169,22	169,56	169,35	169,69
Kopenhagen 100 Kr.	112,34	112,56	112,33	112,55
Stallen . . . 100 S.	23,07	22,11	23,08	22,12
London . . . 1 Pf.	20,449	20,469	20,454	20,494
New York . . . 1 D.	4,2135	4,2215	4,2135	4,2215
Paris . . . 100 Fr.	16,46	16,50	16,45	16,49
Schweden . . . 100 Kr.	81,105	81,265	81,125	82,285
Wien 100 Schilling	59,17	59,29	59,16	59,28
Prag . . . 100 Kr.	12,47	12,49	12,473	12,493

Die Rhein- und See-Schiffahrts-Gesellschaft in Köln, die bekanntlich zur preussischen Rheinisch-Westfälischen Gruppe gehört, deren Aktienmajorität sich im Besitz des Landes Preußen befindet, beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf 11. Mai ein, worin über Herabsetzung des Grundkapitals von 6,8 auf 4 Mill. Reichsmark durch Zusammenlegung von je 9 Aktien in je 700 M. in 4 Aktien zu je 1000 M. beschlossen werden soll. Die Bilanz für 1927 soll nochmals und die Bilanz für 1928 neu vorgelegt werden. Ferner soll die Genehmigung der mit der Badischen A.-G. für Rheinschiffahrt und Seetransport vorm. Fendel in Mannheim abgeschlossenen Verkehrsverträge (über einen gemeinsamen Schlepplanddienst) erfolgen. Außerdem steht auf der Tagesordnung Neubildung des gesamten Aufsichtsrates. Die bestehenden Interessengemeinschaftsverträge der zur Rhein- und Seegruppe gehörenden Gesellschaften erfahren gleichzeitig eine Neuordnung.

Die amtliche Großhandelsindexziffer ist mit 126,9 gegenüber der Vorwoche (127,4) um 0,4 Proz. gesunken.

Karlsruher Lebensversicherungsanstalt A.-G. Es wird über recht befriedigende Ergebnisse im vergangenen Jahre berichtet. Versicherungsstand auf Jahresabschluss über 488 Millionen Reichsmark, Prämienentnahme 21 Millionen, Prämienreserve einschließlich Prämienüberträgen 36,5 Millionen. Die Versicherungsfälle erforderten 2,6 Millionen Reichsmark. Der Überschuß beziffert sich auf 4 506 043 M. Davon sollen den Versicherten der Jahungsgemäße Betrag von 8 000 038 M. und noch weitere 114 904 M. also zusammen 4 083 942 M. zugeführt werden. Die Gewinnreserven der Versicherten haben damit den Betrag von 18,8 Millionen Reichsmark überschritten. Es soll wie im Vorjahre eine Dividende von 12 Proz. des vollingezahlten Aktienkapitals ausbezahlt werden. Die Bank hatte Ende 1928 einen Grundbesitz von 6 Millionen Reichsmark und einen Hypothekenbestand von 10,6 Millionen Reichsmark. Die Wertpapiere und Darlehen an öffentliche Körperschaften erreichten die Summe von 19,5 Millionen Reichsmark.

Die Frankfurter Frühjahrsmesse

Der Gesamt- und Schlussbericht führt u. a. aus: Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Frühjahrs und die immer neuen Spannungen und Unsicherheiten stellten die Frankfurter Frühjahrsmesse — wiederum die letzte Messe dieser Saison — vor eine schwierige wirtschaftliche Situation. Dennoch erfüllte sie in allen Gruppen ihre marktmäßigen Funktionen und konnte einen zufriedenstellenden Besuch aufweisen, der den der letzten Herbstmesse um einiges übertrifft. Die im Umfang kleineren Aufträge konnten in der Mehrzahl der Gruppen durch die größere Anzahl der zustande gekommenen Abschlüsse ausgeglichen werden. Der Inlandsverkehrsbereich mit Einschluß des Saargebietes entsprach dem des Vorjahres. Das europäische und das überseeische Ausland trat in verschiedenen Gruppen sehr spärlich in Erscheinung und tätigte über die zahlreichen Anknüpfungen hinaus auch eine große Anzahl von Abschlüssen.

Besuch und Geschäft im Haus Tjzenbach, das in etwas verringertem Umfang Galanterien, Spiel- und Lederwaren vereinigte, waren zufriedenstellend. Besser als der Durchschnitt lagen Koffer, teilweise Spielwaren und Lederarbeiten. Das Ausland trat in fast allen Gruppen als Käufer auf. Im Haus Schuh und Leder war das Angebot klein und das Geschäft entsprechend. Im Haus Werkbund war die Kunstgewerbegruppe im Anfang der letzten Messen vertreten. Befriedigende Nachfrage bestand in den textilen Gruppen, aber auch für Glas, Bast- und Holzarbeiten. Gering war dagegen das Interesse für Keramik. Das Angebot auf der Möbelmesse war weiter verstärkt. Trotzdem ist das wirtschaftliche Ergebnis als gut zu bezeichnen. Der Besuch und das Ergebnis der verschiedenen Gruppen der Textilmesse waren, im ganzen betrachtet, nicht befriedigend. Die geringen Erwartungen, mit denen die Textilaussteller dem Ergebnis entgegengekommen haben, sind teilweise übertroffen worden. Befriedigende Nachfrage bestand für Schaufensterpuppen, Badeneinrichtungen u. Kleintextilien, u. a. auch aus Amerika. Das Geschäft und der Besuch in der Gruppe Haushaltsartikel können im Gesamtergebnis als gut bezeichnet werden. Die Bürobedarfgruppe hat vom ersten bis zum letzten Tag sehr lebhaftes Interesse und ausgezeichneten Besuch gefunden. Die von Anfang an gut besuchte Baumesse fand diesmal ihre Zentrum in der ausgezeichnet besuchten und musterfüllig aufgebauten Ausstellung „Elemente des neuen Bauens“. Die Gruppe der Holzbearbeitungsmaschinen fand hier wiederum einen guten Markt. Die Lebensmittelmesse, deren Hauptziele die Herbstmesse bilden, trug in stärkerem Maße als sonst propagandistischen Charakter. Zu befriedigenden Anknüpfungen und Abschlüssen kam es namentlich in der belgischen und in der österreichischen Gruppe.

Europäische Chemieverständigung Laut „Wiss. Ztg.“ haben die seit geraumer Zeit geführten Verhandlungen zwischen der I.-G.-Farbenindustrie und den französischen und schweizerischen maßgebenden Chemiegesellschaften in diesen Tagen zu einem positiven Ergebnis geführt. Mitte der Woche wird die Öffentlichkeit durch ein offizielles Communiqué über diese Transaktion unterrichtet werden. Es sind recht weitgehende Festlegungen in der Aufteilung und Regelung der Produktion und des Absatzes sowie vor allem umfassende Preisbildungen getroffen worden. Erfährt werden von der Aufgabenteilung alle europäischen Staaten. Dagegen sollen die Vereinigten Staaten von Amerika aus der Aufteilung herausgelassen werden sein.

Staatsanzeiger

Dem katholischen Stiftungsrat in Wehrkirch wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 17. April 1929.
Der Minister des Innern
J. B. Hörenbach.

Der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 18. April 1929.
Der Minister des Innern
J. A. Schwarz.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zuruhestellung bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit
Gendarmehauptwachmeister Friedrich Schölin in Philippsburg.

Justizministerium

Ernannt:

Gerichtsassessor Richard Eder aus Eckenheim zum Notar mit der Amtsbezeichnung „Justizrat“ in Überlingen, Oberwörkauer Konrad Schödel beim Landesgefängnis Mannheim zum Oberaufseher beim Landesgefängnis Freiburg.

Planmäßig angestellt:

Gerichtsvollzieher Ernst Bromberger beim Amtsgericht Lörrach.

Berufen:

Justizinspektor Ludwig Klein beim Amtsgericht Nastatt zum Amtsgericht Heidelberg, Justizsekretär Theodor Schödel beim Notariat Adelsheim zum Notariat Schwetzingen, die Justizassistenten Julius Gräfin beim Notariat Koblitzell zum Amtsgericht Waldshut, Karl Martin beim Notariat Singen zur Staatsanwaltschaft Konstanz, August Braun beim Notariat Mannheim zum Amtsgericht daselbst, Johann Hoffmann beim Notariat Schwetzingen zum Notariat Mainzheim.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
Entlassen auf Ansuchen:

Regierungsbaurat Otto Henninger zwecks Übertritts zur Schlachtereier A.-G. in Kreibitz i. Br.

